

In vielen Ländern hat sich gezeigt, dass nach Beendigung von Bürgerkriegen die Wiedereingliederung der Kämpfer in die Gesellschaft sich als schwierig erwies, z.B. in El Salvador.

Francisco Rey, Vizedirektor des Instituts für Konfliktforschung und Humanitäre Aktion (IECAH) nimmt in einem Interview mit dem Magazin EL ESPECTADOR zu diesen Problemen Stellung:

„Die Lage der Opfer kann sich nach einem Friedensvertrag sogar verschlechtern“

(Auszüge, 13.2.2015)

Am vergangenen Mittwoch wurde im Informationszentrum der UN der Bericht „Die humanitäre Dimension nach einem Friedensschluss: Vorschläge an die internationale Gemeinschaft in Kolumbien“ präsentiert. An der Veranstaltung nahmen Francisco Rey (Mitautor des Berichts), Lars Vaage (Norwegischer Botschafter in Kolumbien), Fabrizio Hochschild (Repräsentant der UNO in Kolumbien) und Mariano Aguirre (Direktor der norwegischen NRO NOREF) teil.

Rey, Vizedirektor von IECAH, sprach mit EL ESPECTADOR über die Wichtigkeit der internationalen Gemeinschaft in einem Szenario nach einem Friedensvertrag, einschließlich der Konsequenzen der Gewalt, die ausbrechen könnte nach einer Demobilisierung der FARC und darüber, dass dadurch entstehende neue Opfer mitgenommen werden müssten auf dem Weg zur Wiedergutmachung. Außerdem zog Rey eine Bilanz der Dialoge in den vergangenen beiden Jahren, und er fügte einige Empfehlungen an, nach denen Regierung, humanitäre Organisationen und Zivilgesellschaft unter der Voraussetzung tätig werden sollten, dass der Frieden weniger ein Abkommen, sondern ein täglich zu bearbeitender Prozess sei.

Frage:

Was strebt dieser Bericht an?

Antwort:

Einen Aufruf an die internationale Gemeinschaft, die während des bewaffneten Konflikts sehr aktiv mit Kolumbien zusammengearbeitet hat. Heute sieht es so aus, dass sich einige humanitäre Akteure aus dem Land zurückziehen, weil sie an eine weiter positive Wirtschaftsentwicklung glauben und daran, dass die Verhandlungen mit der FARC zu einem Ende der humanitären Krise führen werden. Was wir hervorheben möchten ist, dass das nicht zutrifft. Häufig kommt es vor, dass sich die Lage der Opfer in einem Land unmittelbar nach einem Friedensschluss verschlechtert. Daher ist der erste Adressat des Berichts die internationale Gemeinschaft und der zweite die kolumbianischen Behörden und die Zivilgesellschaft.

F:

Wie lange wird es nach Ihrer Einschätzung noch dauern, bis Regierung und FARC zu einer definitiven Friedensvereinbarung gelangen werden?

A:

Unsere Organisation ist optimistisch, dass es 2015 zu einer Vereinbarung kommen wird. In den letzten Tagen ist der Friedensprozess sehr rasch vorangekommen, wobei die Regierung die einseitige Waffenruhe der FARC toleriert und es wohl bald zu einem Waffenstillstand oder zu einer Einschränkung der Feindseligkeiten kommen wird. Das heißt jedoch nicht, dass damit in allen Teilen

des Landes die Gewalt zu Ende sein wird. Andere Formen der Gewalt stellen ein Risiko dar, und auf jeden Fall werden humanitäre Folgen noch jahrelang andauern.

F:

Was ist Ihre Bilanz der Verhandlungen in den vergangenen zwei Jahren?

A:

Sie ist zweifellos sehr positiv, weil man von einer Verhandlung, von der man nur wenig erfuhr zu einer Verhandlung gekommen ist, die klar kommuniziert wird und die zu kreativen Elementen gelangte, wie der Beteiligung von Opfervertretern am Verhandlungstisch. Das ist ein wichtiger Meilenstein und wurde zu einem Symbol des Prozesses. Zum anderen war es sehr relevant, dass FARC und Regierung ihre Beteiligung an und Verantwortung für Gewalttaten anerkannten.

F:

Wenngleich beide Seiten die Opfer anerkannt und ihnen größere Beteiligung eingeräumt haben: Was ist die Herausforderung, vor der ein solches Abkommen steht, angesichts des Ausmaßes der Opferzahlen in Kolumbien?

A:

Die kolumbianische Regierung hat schon vor Beginn der Verhandlungen Anstrengungen unternommen, den Opfern mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Das Gesetz 1448 aus dem Jahr 2011 stellt da einen wichtigen Schritt vorwärts dar. Die Anerkennung der Zahl der Opfer ist fundamental, aber diesen wird in vielen Zonen des Landes noch der Zugang zu ihren Rechten verwehrt und daher ist internationale humanitäre Unterstützung nötig.

F:

Warum differenziert der Bericht zwischen der Zeit nach dem Friedensabkommen und der Zeit nach dem Konflikt?

A:

In Kolumbien wird der Begriff „Postkonflikt“ auf sehr fröhliche Art gebraucht, aber wir bevorzugen den Begriff „Postagreement“, weil viele der Ursachen und tiefen Wurzeln des Konflikts fortbestehen. Wir, die wir uns um solche Fragen kümmern, wissen, dass es positiv ist, wenn ein Konflikt friedlich beendet wird, aber oftmals dauert er trotzdem an. Daher benutzen wir den Terminus „Postkonflikt“ um klarzumachen, dass die Idee ist, Wege aus dem Konflikt zu beschreiten, die nicht über Gewalt führen, sondern friedlich sind, wie Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

F:

Das heißt also, dass die Vereinbarung nicht den langersehnten Frieden garantiert?

A:

Nein. Das Konzept des Friedens ist viel weiter angelegt..... Frieden ist etwas, das jeden Tag neu konstruiert werden muss.

F:

Was bedeutet es, wenn Verhandlungen mitten im Konflikt stattfinden?

A:

Fundamental dabei ist, dass beide Parteien sich zwei Logiken zu eigen machen: Am Tisch verhandeln sie, aber draußen verhalten sie sich konfrontativ. Diese Loslösung dessen, was in Havanna abläuft, von dem, was im Land passiert, ist sehr schwer zu handhaben, denn nach wie vor werden Opfer produziert. Es gab andere erfolgreiche Fälle, in denen während der Kämpfe verhandelt wurde, aber all diese Prozesse kamen an den Punkt einer Vereinbarung zur Feuereinstellung, um die Verhandlungen zu beschleunigen. Wird ein Friedensprozess bis zu seinem Ende von kriegerischen Auseinandersetzungen begleitet, ist es sehr schwierig, zu einer befriedigenden Vereinbarung zu gelangen.....

F:

Wie funktioniert die Dynamik der Gewalt in einem Szenario „Postagreement“?

A:

Der kolumbianische Konflikt ist sehr komplex. Die Ursachen für die Konfrontation zwischen FARC und Regierung wurzeln tief und im Laufe der Zeit sind weitere dazugekommen. Was wir also sehen, ist das Risiko, dass die Lücke, die die FARC hinterlassen wird, durch andere illegale Gruppen ausgefüllt werden wird. Die grundsätzliche Besorgnis besteht darin, dass nach der Demobilisierung neue bewaffnete Gruppen entstehen könnten, wie etwa nach der gescheiterten Demobilisierung der Paramilitärs, die weiter Anschläge ausführen und sich mit dem Drogenhandel und anderen Delinquenten verbünden.

F:

Welche humanitären Konsequenzen werden folgen nach Unterzeichnung eines Abkommens?

A:

Ist die Vereinbarung unterzeichnet, dann beginnen Prozesse, die es sehr geschickt zu lenken gilt, damit sich die Lage in bestimmten Territorien nicht kompliziert. Zuerst ist das der Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der Kämpfer. Es wird viele demobilisierte FARC-Leute geben, die in ihre Heimatgegenden zurückkehren, und dass kann Racheakte und gewalttätige Situationen auslösen. Zum anderen werden die Teile der Bevölkerung, die vertrieben wurden, in ihre Heimatorte zurückkehren, ohne dass ihre Sicherheit ausreichend garantiert ist. Und drittens besteht das Risiko, dass sich andere illegale Gruppierungen die territoriale Kontrolle übernehmen.....

F:

Warum ist die Rolle der internationalen Gemeinschaft in der „Postagreement-Zeit“ so wichtig und was ist ihre wahre Größenordnung in der Übergangszeit?

A:

Während des Konflikts hat die internationale Gemeinschaft durch unparteiische Positionen den Zugang humanitärer Hilfe in einige Konfliktgebiete erreicht. Trotzdem haben die Spannungen, die manchmal mit der Regierung bestanden, es verhindert, dass Hilfe in Gebiete gelangen konnte, die von bewaffneten Gruppen kontrolliert wurden. In einem Szenario des Postkonflikts sollten die internationalen Hilfsorganisationen ihre Hilfe für die entlegensten Zonen des Landes fortsetzen, auch um zu verifizieren, ob dort die Vereinbarungen befolgt werden. Zurzeit ist die Vermittlung durch

Norwegen und Kuba, mit Unterstützung durch Venezuela und Chile, sehr wichtig. Der spätere Prozess wird sicherlich einer internationalen Verifikation unterzogen werden müssen, denn ein Frieden, der nicht nach internationalen Standards überprüft wird, ist nicht glaubwürdig.....

F:

Warum besteht der Bericht darauf, die humanitäre Lage im Land sei nach wie vor sehr ernst, obgleich man doch spürt, dass der Konflikt nachgelassen hat?

A:

Einige Daten haben sich verbessert, aber die Zahl der neu Vertriebenen seit Beginn der Verhandlungen übersteigt 300.000 Personen. Zum anderen traten neue, unsichtbare Phänomene wie das der Einkreisung auf. Die bewaffneten Akteure greifen dabei nicht mehr auf die Maßnahme der Vertreibung zurück, sondern auf das Gegenteil. In einigen Landesteilen gibt es große Zahlen derart festgehaltener Personen. Dazu kommen die Ziffern der Rekrutierung von Kindersoldaten und die Zahl an Landminen. Das sind die Folgen, wenn der Konflikt andauert, während verhandelt wird. Daher kann man nicht nur von den Opfern vergangener Taten sprechen, sondern jeden Tag kommen neue hinzu.....

F:

Wie kann man dieser humanitären Krise, die nach dem Konflikt kommt, begegnen?

A:

In der unmittelbar auf den Friedensschluss folgenden Periode muss ein besonderer Apparat geschaffen werden. In anderen Fällen zeigte sich, dass sich die Lage verschlimmerte, als die Bevölkerung dorthin zurückkehrte. Wir schlagen in unserem Bericht einen Plan für unerwartete Notsituationen vor. Außerdem wird vorgeschlagen, dass internationale Präsenz in jenen Gegenden garantiert werden soll, die von bewaffneten Gruppen kontrolliert waren und in denen die staatliche Präsenz schwach ist.

F:

Das heißt, nach dem Friedensschluss kann sich die Gewalt verschlimmern.....

A:

Die Lage wird sich nicht sofort nach Unterschrift verändern. Der Hinweis ist angebracht, dass etwa 50% der in den letzten 20 Jahren geschlossenen Friedensvereinbarungen Rückschläge erlitten. Das ist in Asien, Afrika und Mittelamerika passiert..... In dem Szenario könnten Guerrilleros auftreten, die ihre Waffen nicht abgeben, Leute, die den Friedensprozess boykottieren wollen oder neue bewaffnete Gruppierungen.

F:

Also muss man die Gesellschaft darauf vorbereiten, dass es nicht sofort nach Unterzeichnung des Abkommens ein friedliches Territorium geben wird, sondern einen Haufen sozialer und politischer Umwälzungen?

A:

Natürlich. Die Schaffung von Frieden ist ein Prozess. Auch wenn die Unterzeichnung des Abkommens ein Meilenstein ist, werden damit die Probleme nicht automatisch gelöst. Was mich besorgt macht ist, dass die kolumbianische Gesellschaft nicht ausreichend darauf vorbereitet wird, dass die

Aussöhnung zwischen Gruppen, die sich in der Vergangenheit bekämpft haben keine einfache Sache ist.

F:

Welche Art von Gewalt könnte nach dem Friedensschluss anwachsen?

A:

Eine Gewalt, die von anderen illegalen Gruppen ausgeht. Solche, die mit dem Drogengeschäft verbunden sind oder mit dem illegalen Abbau von Bodenschätzen. In vielen Teilen des Landes gibt es Vertreibungen, die mit diesen Aktivitäten verbunden sind, und wir meinen, die Regierung muss sich dessen bewusst sein und sich damit näher befassen.

F:

Halten Sie die kolumbianische Gesetzeslage in Bezug auf den Schutz der Opfer für optimal?

A:

Der rechtliche Rahmen ist ziemlich weit entwickelt. Dennoch bleiben solche Opfer außen vor, die sich aus Furcht nicht gemeldet haben; das muss nach einem Friedensschluss verbessert werden. Die große Herausforderung besteht darin, wie diese Opfer entschädigt werden sollen. In Verhandlungsprozessen ist immer die Rede von Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantien. Der kolumbianische Verhandlungsprozess behandelt dies auch, aber es gibt noch viel zu tun.....